

Schweizerisches Jahrbuch für Entwicklungspolitik



Frieden und Sicherheit:
Herausforderungen für die
internationale Zusammenarbeit



institut universitaire
graduate institute
d'études du développement
of development studies

IUED

| Band 25 Nr. 2 |



Inhaltsverzeichnis

Einführung

Einführung: Ziele und Inhalt des Dossiers <i>Xavier Tschumi Canosa und Thania Paffenholz</i>	11
---	----

1. Zusammenarbeit im Kernpunkt der Konflikte: Konzeptuelle Ausführungen

Friedensförderung und internationale Entwicklungszusammenarbeit: Geschichte, Konzepte und Praxis <i>Thania Paffenholz</i>	21
---	----

Die Verbindung von Sicherheit und Entwicklung Von der Rhetorik zum Verständnis komplexer Dynamiken <i>Neclâ Tschirgi</i>	49
--	----

Für eine effizientere Friedenskonsolidierung Interview mit Roland Paris <i>Rocha Menocal und Kate Kilpatrick</i>	73
--	----

Das Fieber Palästinas messen Anmerkungen zu einer Monitoring-Erfahrung während der zweiten Intifada, 2000-2006 <i>Riccardo Bocco, in Zusammenarbeit mit Matthias Brunner, Jalal al-Husseini, Frédéric Lapeyre und Luigi De Martino</i>	85
--	----

2. Zusammenhänge zwischen Konflikten und natürlichen Ressourcen: eine klare Sache?

Konflikte im Zusammenhang mit natürlichen Ressourcen: Forschungsergebnisse und Perspektiven <i>Laurent Goetschel und Didier Péclard</i>	101
---	-----

Kriegsökonomien und natürliche Ressourcen: Das andere Gesicht der Globalisierung <i>Claude Serfati</i>	115
--	-----

Blickpunkt

Demokratische Republik Kongo Natürliche Ressourcen: Herausforderungen für den Staatsaufbau <i>Gabi Hesselbein</i>	137
---	-----

Öl ins Feuer Ressourcenkonflikte als Treibstoff für globalen Unfrieden <i>Wolfgang Sachs</i>	139
--	-----

3. Schweizerische Akteure: Beiträge und Ambitionen

Schweizerische Sicherheits- und Friedenspolitik: Strategierahmen und Aussagen der Akteure <i>Xavier Tschumi Canosa</i>	151
--	-----

Von der operationellen Arbeit zur Anwaltschaft Beiträge der Schweizer Entwicklungsorganisationen zur Friedensförderung <i>Maya Krell</i>	171
--	-----

Nepal Entwicklungszusammenarbeit und Konflikttransformation <i>Günther Baechler und Jörg Frieden</i>	189
--	-----

Frieden in Kolumbien? Möglichkeiten einer Schweizer Beteiligung am Friedensprozess <i>Cristina Hoyos</i>	211
--	-----

Blickpunkt

Die Schweiz und der Friedensaufbau in Kolumbien: Die Schlüsselrolle des IUED <i>Jean-Pierre Gontard</i>	219
--	-----

Strategien der Schweizer Entwicklungspolitik im Westbalkan <i>Andreas Ernst</i>	221
--	-----

Bosnien-Herzegowina Ein stabiler Staat braucht eine gemeinsame Vision <i>René Holenstein</i>	237
--	-----

4. Hintergrundinformation

Internationale Zusammenarbeit zwischen Frieden und Sicherheit: Eintrittsportale ins Internet <i>Xavier Tschumi Canosa und Thania Paffenholz</i>	243
---	-----

Öl ins Feuer

Ressourcenkonflikte als Treibstoff für globalen Unfrieden

Wolfgang Sachs*

Es war im Jahre 1928, dass Mohandas Gandhi eine jener Intuitionen formulierte, die sein Denken ins 21. Jahrhundert hineinragen lassen. Er schrieb: „Gott verbiete, dass Indien jemals zu einer Industrialisierung nach dem Muster des Westens schreitet. Der wirtschaftliche Imperialismus eines einzelnen winzigen Insel-Königreichs (England) hält heute die Welt in Ketten. Falls eine ganze Nation mit 300 Millionen Einwohnern auf eine ähnliche ökonomische Ausbeutung setzt, würde die Welt kahl gefressen wie durch eine Heuschreckenplage.“¹ Fast achtzig Jahre später hat diese Feststellung an Dramatik gewonnen, weil inzwischen nicht mehr 300, sondern über 1000 Millionen Menschen zur Nachahmung Englands schreiten. Gandhi ahnte, dass Vervielfachung Englands eine Vervielfachung kolonialer Ausplünderung nach sich ziehen würde, und zwar soweit, dass die Lebenshülle des Planeten in Mitleidenschaft gezogen wird. Die biophysischen Grenzen für eine Verbreitung der Industriezivilisation auf dem Planeten, die in den letzten dreissig Jahren unübersehbar geworden sind, haben Gandhi's Ahnung eindrucksvoll bestätigt.

Seit sich die biophysischen Grenzen herkömmlichen Wachstums manifestieren, ist nichts mehr wie zuvor, insbesondere in der Nord-Süd-Politik. Gehört es doch seit langem zum Kernbestand politischer Gewissheiten, dass sozialer Ausgleich durch Wachstum geschaffen wird, und zwar national wie international. Diese Ankoppelung von Gerechtigkeit an wirtschaftliches Wachstum war nach dem Zweiten Weltkrieg zum konzeptuellen Eckstein des Entwicklungszeitalters geworden. Seit jedoch die Endlichkeit der Biosphäre zu Tage tritt, also seit wenigen Jahrzehnten, steht dieser Eckstein auf schwankendem Boden. Denn in einem begrenzten Umweltraum kann konventionelles Wachstum keine Gerechtigkeit mehr bringen – es sei denn um den Preis einer zerrütteten Biosphäre.

So lassen die Ressourcen- und Umweltkonflikte des 21. Jahrhunderts eine spezifische Signatur erkennen: Sie sind geprägt vom Gegensatz zwischen unbegrenzter Nachfrage nach Naturgütern einerseits und endlichem globalen Umweltraum andererseits. Gewiss, seit urdenklichen Zeiten spielen sich Ressourcenkonflikte – etwa der Streit zwischen Anrainern eines Wasserlaufs im Mittelalter oder das Gerangel europäischer Nationen um die Bodenschätze Afrikas zu Bismarck's Zeiten – im Dreieck von Begehrt, Knappheit und Rivalität ab. Doch mit der Universalisierung von Entwicklungserwartungen auf der eine Seite und der global sichtbaren Begrenztheit der Biosphäre auf der anderen nehmen Ressourcenkonflikte einen neuartigen Charakter an: Sie verweisen auf den Grundkonflikt zwischen ökonomischer Expansion und ökologischer Begrenzung.

* Wissenschaftler am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie; Gastdozent an der Universität Kassel und am Schumacher College in Darlington (England).

¹ In *Young India*, 20. Dezember 1928.

Dieser Konflikt äussert sich beileibe nicht nur in Naturkrisen, sondern auch in Sozialkrisen. Denn zwischen Begehr und Knappheit tritt auch heutzutage die Rivalität. Bekanntlich nutzen weder alle Nationen, noch alle Menschen den globalen Umweltraum zu gleichen Teilen. Noch immer stimmt die Daumenregel, dass 25 Prozent der Weltbevölkerung 75 Prozent der Weltressourcen verbrauchen. Es sind vor allem die Industrieländer, die das Erbe der Natur in exzessiver Weise antasten; sie machen sich die Umwelt weit über ihre nationalen Grenzen hinaus zunutze. Ihr ökologischer Fussabdruck ist grösser – in einigen Fällen sogar sehr viel grösser – als ihre eigenes Territorium, mit all den Ressourcen und Senken, die jenseits der eigenen Grenzen in Beschlag genommen werden. Und je mehr wichtige Naturressourcen zur Neige gehen, umso dringender wird die Frage ihrer Verteilung. Wem gehören die Ölvorräte, die Flüsse, die Wälder, die Atmosphäre? Wer hat welches Recht auf die lebensdienlichen Leistungen der Biosphäre? Wie viel darf ein jeder für sein Wohlergehen nehmen, ohne den anderen ihr Recht zu beschneiden? Das sind die Fragen, welche hinter vielen Ressourcen- und Umweltkonflikten stehen.

Und in allen solchen Konflikten lauert die Gefahr, dass überkommene Ungerechtigkeiten potenziert werden. Denn Rivalitäten unter Bedingungen der Endlichkeit sind ganz besonders dazu angetan, in weiterer sozialer Polarisierung zu enden. Es greifen sich die Mächtigen, was an Naturressourcen übrig ist, und die Machtlosen haben das Nachsehen. An der Zapfsäule wird für den Pendler das Benzin teurer, Wasserquellen versiegen in Trockengebieten, die Preise für Getreideimporte schnellen in die Höhe, Fischer kehren mit leeren Netzen zurück. Es treten oft soziale Konflikte auf, lange bevor noch eine Ressource ökologisch am Ende ist. Je mehr die Grenzen der Tragfähigkeit von Ökosystemen erreicht werden, umso eher sind die Schwächeren unter Druck: Ökologische Grenzen, lange bevor sie endgültig überschritten sind, werfen ihre sozio-ökonomischen Schatten voraus. Bevor noch der Umweltfrieden im ökologischen Sinne ernsthaft gestört ist, schwindet häufig schon der soziale Friede dahin.

Im Übrigen erweist sich Ressourcenungerechtigkeit regelmässig als die Hintergrundursache für Konflikte, bei denen es vordergründig um Religion oder Stammesfehde oder auch um die Verbreitung von Demokratie geht. Der Streit um Ressourcen verbindet sich häufig mit Konflikten politischer oder ethnischer Natur. Ohne einen Blick aufs Öl lässt sich weder der Krisenschauplatz im Nahen Osten verstehen, noch der Bürgerkrieg im Sudan. Und ohne die Verschlechterung und Verknappung von Böden in Betracht zu ziehen, erschliesst sich weder die Lage von Flüchtlingen in Pakistan, noch der Völkermord in Ruanda. Sei es auf internationaler oder subnationaler Ebene, in jedem Fall tragen, wenn legitime Formen der Konfliktregelung fehlen, Ressourcenkonflikte zur sozialen Destabilisierung bei. Es ist daher absehbar, dass bei weiterer Zuspitzung der Ressourcensituation vielerorts Konfliktpotentiale heranwachsen, welche insgesamt gesehen die Welt entzündlicher machen.

Wie ökologische Grenzen – weit davon entfernt, nur biophysische Sachverhalte zu sein – zum Treiber sozialer Konflikte werden können, soll hier am Beispiel von Erdöl näher dargestellt werden. Denn das „schwarze Gold“ findet sich in allen Konfliktkonstellationen, die für Ressourcenkonflikte typisch sind: Bei seiner Förderung beschwört es (1) immer wieder *Subsistenzkonflikte* herauf, bei seiner ökonomischen Ausbeute leistet es (2) mitunter innerstaatlichen *Regime-*

konflikten Vorschub, bei seiner Aneignung durch Nationen (3) sind zwischenstaatliche *Verteilungskonflikte* seit langem an der Tagesordnung, und bei seiner Verbrennung setzt es Wirkungen frei, welche (4) chronische *Entwicklungskonflikte* verschärfen.

Subsistenzkonflikte

Seit Pizarro's Zeiten wurde die „Neue Welt“ auf wertvolle Rohstoffe hin abgesehen. Doch heute hat sich die *frontier* in der Suche und Ausbeute von Rohstoffquellen bis an die entlegensten Zonen der Kontinente und Meere vorgeschoben, weil leichter zugängliche Vorkommen mittlerweile erschlossen oder erschöpft sind. Öl wird tief im Urwald und tief im Meer gefördert, Holz aus dem fernen Patagonien und Sibirien geholt, und schwimmende Fischfabriken durchkämmen die Meere vom Polarkreis bis zur Antarktis. Begehrt sind vor allem Energieträger, insbesondere Öl und Gas, gefolgt von Metallen wie Gold, Zinn, Silber, Kobalt, und biotische Rohstoffe wie Holz und Fische. Mit der Öffnung der Grenzen für transnationale Unternehmen im Zuge der Globalisierung hat sich der Drang, die Frontlinie der Ausbeutung vorzuverlegen, vertieft und beschleunigt. Besonders da, wo die Rohstoffausbeutung in bisher unerschlossene Gebiete vorrückt, sind es die Territorien indigener Gesellschaften, welche ins Netz weltweiter Ressourcenflüsse eingegliedert werden.

So auch im Amazonasgebiet Ekuadors². Seit 1964 das Konsortium Texaco-Gulf die ersten Bohrstellen eröffnet hat, ist im so genannten Oriente das Ölzeitalter angebrochen. In ein Gebiet, das insgesamt etwa ein Drittel des Landes umfasst, sind über die letzten dreissig Jahre Ölgesellschaften Zug um Zug vorgerückt, haben Bohrungen niedergebracht und eine weitverzweigte Infrastruktur zur Ölförderung aufgebaut. Dem ekuatorianischen Staat bringt das Öl gutes Geld, und was noch wichtiger ist, Dollar ein. Nicht nur leidet Ekuador an chronischer Budgetknappheit, das Land ist – wie viele lateinamerikanische Staaten – seit langem im Ausland verschuldet. Mit der Ölförderung schien sich ein Ausweg zu bieten: Staatseinnahmen standen in Aussicht und Exporte versprachen Devisen. Zumeist geht das geförderte Öl in die USA. Die an multinationalen Konzerne (AGIP, Mobil, Amoco, Elf Aquitaine, Petrobras, Texaco u.a.) vergebenen Konzessionen betreffen Gebiete von rund 1,2 Millionen Hektar Regenwald (von insgesamt 13 Millionen) und liegen oft in indigenen Territorien.

Die im Oriente lebenden Völker sind vorwiegend Subsistenzgesellschaften, sie besitzen unterschiedliche Sprachen und Kulturtraditionen. Es handelt sich dabei vor allem um die Quichua, Huaorani und Shuar, wobei alle indigenen Gruppen zusammen etwa 125 000 Personen zählen, auf einem Gebiet geringer Bevölkerungsdichte. Das Zusammenspiel von Wald und Wasser macht die Region zu einer der artenreichsten in der Welt, die indigenen Gruppen sind auf die Naturräume der Wälder, der überfluteten Gebiete und der Flussufer angewiesen.

Doch Ölförderung verlangt Sprengungen, Pumpanlagen, Pipelines, Raffinerien und darüber hinaus Schneisen, Strassen, Landepisten, schweres Gerät und Arbeitercamps. Daher ging es überall zuerst um die Abholzung der Wälder, und

² T. Haller et al., *Fossile Ressourcen, Erdölkonzerne und indigene Völker*, Giessen, Focus Verlag, 2000.

tatsächlich ist die Waldfläche insgesamt auf 30 Prozent der Fläche in den 70er Jahren geschrumpft, wie auch nur mehr 8 Prozent von ehemals der gesamten Fläche den indigenen Gemeinschaften gehören. Ferner werden Ölreste und Gas abgefackelt, wie auch Schneisen und Explosionslöcher geschlagen, ohne die „heiligen Orte“ der Indios zu schonen. Besonders dramatisch aber waren und sind die Folgen der Wasserverschmutzung: Giftige Abfälle und Abwasser verunreinigen Bäche und Flüsse, die den Einwohnern als Trinkwasser, Kochwasser und zum Waschen dienen. Über zahlreiche Lecks in den Leitungsrohren sickerte Öl in Boden und Wasser. In den letzten zwanzig Jahren, so heisst es, flossen aus über dreissig Brüchen im Pipeline-System mehr als eine halbe Million Barrel Öl in Ekuadors Flussläufe. Da mit der Abholzung und Vergiftung auch Pflanzen, Fische und Wildtiere verschwanden, erodierte die Existenzbasis der indigenen Gruppen. Mangelernährung, sozialer Niedergang und letztendlich Vertreibung sind die Folge.

Das Beispiel Ekuadors zeigt ein wiederkehrendes Muster. Auf der einen Seite steigt die Weltnachfrage nach Naturressourcen aller Art, auf der anderen Seite aber warten diese Ressourcen nicht einfach in einem „Niemandland“ darauf, abgeholt zu werden. Vielmehr liegen sie oft im Lebensraum ortsansässiger Bewohner und machen deren Lebensgrundlagen aus. Unregulierte Ressourcenabbeute kann deren Landschaften degradieren, dezimieren und sogar desakralisieren, besonders in den Peripherien des Südens. Die Nutzung der Ökosysteme als *commons* steht dabei gegen ihre Nutzung als *assets* der Gewinnbildung³. Das Bedürfnis lokaler Gemeinschaften auf Gesundheit und Überleben steht gegen das Bedürfnis ferner Konsumenten nach Treibstoff und Heizöl. Subsistenzbedürfnisse konkurrieren gegen Luxusbedürfnisse. Deshalb rufen nicht nur die Ölförderung, sondern etwa auch Entwaldung oder industrieller Fischfang oftmals lokalen Widerstand hervor, wenn mit dem Ressourcenabbau die Lebensbasis der Einwohner bedroht wird. Die Armen werden – zugespitzt gesagt – ihrer Ressourcen beraubt, damit die Reichen über ihre Verhältnisse leben können.

Regimekonflikte

Bis vor gar nicht langer Zeit war die Entdeckung von Ölfeldern ein Grund zum Jubel. Auch die herkömmliche Theorie der Entwicklung sah in solchen Funden ein Unterpfand für den Aufstieg eines Landes zu Wohlstand und Demokratie. Doch Augenschein und Empirie haben dieses Bild nachdrücklich zurechtgerückt. Es zeigte sich in vergleichenden Untersuchungen, dass ressourcenreiche Länder in Wirklichkeit langsamer wachsen als andere und ein geringeres Pro-Kopf Einkommen aufweisen. Zudem sind zwölf von den 25 besonders ressourcenabhängigen Ländern auf der Welt und sechs von den 25 ölabhängigsten Ländern in der Gruppe der am höchsten verschuldeten Länder zu finden. Je mehr Länder vom Export an Bodenschätzen abhängen, desto schlechter sind sie überdies auf dem *Human Development Index* platziert. Was Lebenserwartung, Kindersterblichkeit und Kindererziehung angeht, bleiben sie beträchtlich hinter dem

³ W. Sachs, *Ökologie und Menschenrechte*, Wuppertal Paper Nr. 131, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, 2003.

Durchschnitt ressourcenärmerer Länder zurück. Vor dem Hintergrund dieser Erfahrungen hat gegenwärtig die These vom „Ressourcenfluch“ jene vom Ressourcensegen abgelöst⁴.

In Ländern wie dem Iran, in Russland, in der arabischen Welt und in Teilen Afrikas trägt man schwer am Fluch des Öls. Zum Beispiel Nigeria: „Er verfluchte die Erde, die Öl spuckte, das schwarze Gold. Er verfluchte die Götter, weil sie die Quellen nicht austrockneten“, schrieb der nigerianische Schriftsteller Ken Saro-Wiwa in seiner Novelle *Night Ride*⁵. 1995 wurde der Schriftsteller hingerichtet, weil er öffentlich gegen die Verheerungen des Shell-Konzerns im Ogoni-Land unter der Komplizenschaft der nigerianischen Politik mobilisiert hatte. Während die Öleinkünfte seit Jahren ihren undurchsichtigen Weg weitgehend in die Taschen der herrschenden Gruppen gefunden haben, sind Ölinstallationen im Niger-Delta immer wieder zum Erpressungsgut für Gewaltgruppen geworden. Ein zerfallender Staat, in dem marodierende Banden Pipelines anzapfen und eine korrupte Kaste Auslandskonten füllt: Nigeria kann als der Modellfall eines Landes angesehen werden, das zum Opfer des Öls wurde. Andere ölreiche Länder wie Angola, Kamerun oder der Sudan sind ähnlich intransparent und repressiv, wie auch etablierte Ölstaaten – Saudi-Arabien, Kuwait, der Irak, Brunei, Russland – alles andere als eine „Zierde“ für die Demokratie darstellen.

Ein solches Ergebnis ist kein Zufall. Staaten, deren Einkommen hauptsächlich aus den Abgaben für Ressourcenförderung rühren und nicht aus Steuern der Bürger, tendieren zu einer Kultur der Korruption. Nur Ländern mit einer gefestigten, öffentlich kontrollierten Staatsordnung scheinen diesem Schicksal zu entgehen; so tragen weder Mexiko, noch Norwegen Züge eines Rentenstaates. Man spricht von „Rentenstaaten“, wo die Machthaber es sich leisten können, sich gegenüber dem Volk nicht mehr verpflichtet zu fühlen, weil ihre Einnahmen unverdient und zunächst auch unbegrenzt sind. Wenn die Macht einmal erobert ist, stehen genügend Mittel zur Verfügung, um eine Günstlingswirtschaft zu etablieren, welche Gefolgsleute belohnt und Opponenten bestraft. Damit kann der Staat dem Volk gegenüber auf seine Rechenschaftspflicht verzichten und wird für politische Beteiligung unzugänglich. Herrschende Eliten sind dann häufig von einer „Rentenmentalität“ charakterisiert, die auf rasche Ausgabe und Konsum aus ist, ohne sich zuerst um den Aufbau produktiver Kapazitäten im Lande gekümmert zu haben. Solche Regierungen bauen oft auf Gewalt, um sich an der Macht zu halten, eine Gewalt, die mitunter Gegengewalt hervorruft, in jedem Fall aber einen chronischen Unfrieden darstellt.

Solcherart Konflikte scheinen unendlich weit von den Zapfsäulen, Heiztanks und Airconditioners in den reicheren Teilen der Welt entfernt zu sein. Und doch landet Öl – ebenso wie Diamanten, Coltan, Kupfer oder Edelhölz – im Allgemeinen bei den wohlhabenden Verbrauchern in Nord- wie in Südländern, auch wenn die Produktionsketten mitunter schwierig nachzuvollziehen sind. Es ist letztendlich die starke Nachfrage der Wohlhabenden, welche die Ressourcen-

⁴ Zusammenfassung in M. Renner, *The Anatomy of Resource Wars*, Worldwatch Paper 162, Washington, Worldwatch Institute, 2002. P. Le Billon, „The Geopolitical Economy of ‚Resource Wars‘“, in *Geopolitics of Resource Wars: Resource Dependence, Governance and Violence*, London, Frank Cass, 2005, S. 1-28.

⁵ K. Saro-Wiwa, „Night Ride“, in *A Forest of Flowers: Short Stories*, Port Harcourt (Nigeria), Saros International Publishers, 1986, S. 114.

ausbeute so lukrativ macht, dass sich darauf „kleptokratische“ Regime aufbauen lassen. Und es ist das Interesse an verlässlichen Nachschublinien, was selbst Regierungen und Firmen demokratischer Länder zur Komplizenschaft mit autoritären Regimen verleitet – Saudi-Arabien und zunehmend auch Russland sind Beispiele. Je mehr zudem der Wert der Ressource Öl steigt, desto stärker – so steht zu vermuten – ist auch der Anreiz für kriminelle Handelsaktivitäten. Es ist vielleicht nicht zu weit hergeholt, darin eine Ähnlichkeit zwischen Drogen- und Ölabhängigkeit festzustellen.

Verteilungskonflikte

Erdöl ist gegenwärtig die wichtigste globale Ressource. Es ist wichtiger, als Gold es je war. Ohne Öl würde das industriewirtschaftliche System zusammenbrechen: Industrie und Arbeitsplätze basieren in weiten Teilen auf der Nutzung oder Verarbeitung von Rohöl; Verkehr und Mobilität – zu Wasser, zu Lande und in der Luft – sind hauptsächlich auf raffinierte Ölprodukte angewiesen; und ebenso sind es Plastik, Medikamente, Dünger, Baustoffe, Farben, Textilien und vieles mehr. Seit Mitte des vergangenen Jahrhunderts wuchs die Abhängigkeit vom Öl immer mehr; es avancierte zu einer politisch, ökonomisch, ja sogar kulturell unersetzlichen Ressource. Öl prägt wie kein anderer Stoff die Lebensstile in aller Welt⁶.

Der sichere Zugang zum Öl ist seit langem ein zentraler Faktor geopolitischer Strategien. Staaten richten ihre internationale Wirtschafts-, Aussen- und Militärpolitik darauf aus, politischen Einfluss auf wichtige Ressourcen in anderen Ländern und Kontinenten zu gewinnen. So ist erkennbar, dass es den USA und ihren Verbündeten mit ihrem Eingreifen nicht nur um die Befreiung des Staates Kuwait, den Sturz der Diktatur im Irak oder die Auflösung des Terrornetzwerks *Al Kaida* ging und geht, sondern immer auch um die Ölreserven im Mittleren Osten. Denn so wichtig Öl den Industriestaaten auch geworden ist, so wenig hatten und haben sie oftmals auf ihren eigenen Territorien davon verfügbar. Darum hat der Zugang zu Ölquellen in anderen Regionen für sie eine hohe Priorität – eine so hohe, dass ihre Anstrengungen zur Kontrolle von Ölquellen in den vergangenen Jahrzehnten mehrere Male zu massiven Konflikten und Kriegen führten. Im Streit um die Ölressourcen der Welt wird seit hundert Jahren der Verteilungskonflikt zwischen Nationen um Macht und Wirtschaftschancen ausgetragen.

Neuerdings steigt die geopolitische Bedeutung von Öl zusehends, weil seine Endlichkeit bereits absehbar ist. Bis vor wenigen Jahrzehnten konnten sich die Öl-Explorateure noch über stark wachsende Reserven freuen und verlaublichen, die Menge neu gefundener Ölfelder übersteige die jährliche Fördermenge. Dieses Verhältnis hat sich seit Beginn der 80er Jahre umgekehrt. Die jährliche Förderung ist inzwischen bedeutend grösser als die Menge der Neufunde. Für jedes neu entdeckte Barrel Rohöl werden etwa vier Barrel entnommen. Bezogen auf alle Ölfelder weltweit gibt es einen Punkt der maximalen Förderung, den so genannten *Depletion Mid Point*, nach dem die Produktionsrate unweigerlich

⁶ Wuppertal Institut, *Fair Future. Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit*, München, Beck Verlag, 2005.

absinkt. Viel spricht dafür, dass der Punkt der maximalen Ölfördermenge im Zeitraum zwischen 2008 und 2015 erreicht werden wird⁷.

Vor diesem Hintergrund gewinnen die geopolitischen Strategien zur Sicherung des Nachschubs und eines stabilen Ölpreises an Bedeutung. Nachdem der Punkt der maximalen Ölfördermenge erreicht ist, werden die Ölpreise rasch ansteigen und möglicherweise einen Teufelskreis in Gang setzen, wie bereits bei den Ölkrisen der 70er Jahre – nur dass diesmal kein Ende der Verknappung in Sicht ist. Wenn die Produktionsmenge nicht mehr mit dem Anstieg der Nachfrage Schritt halten kann, gehen alle Länder, und zumal die vom Ölimport abhängigen, einer Wirtschaftskrise entgegen.

Diese Krise kündigt sich zu einer Zeit an, in der weltweit der Öldurst stetig wächst. Alle Prognosen sagen einen dramatisch ansteigenden Ölverbrauch voraus. Über die alteingesessenen Industrieländer hinaus schwillt seit einiger Zeit die Nachfrage nach Öl besonders in den neuen Verbraucherländern an, allen voran in China, Indien und Brasilien. Ihr Bedarf an Erdöl – bisher unverzichtbar als Rohstoff und als Antriebsmittel – steigt rapide an, und sie treten auf dem Weltmarkt als neue Nachfrager auf. Besonders die Schwellenländer Asiens, wo insgesamt nur relativ geringe Gas- und Ölvorkommen liegen, sind dabei, in die Konkurrenz ums Öl einzusteigen. China hat gegenwärtig bereits die Position des weltweit zweitgrössten Importeurs an Öl erreicht, und selbst Länder wie Malaysia, Vietnam oder Indonesien, die heute noch Exporteure sind, werden sich binnen eines Jahrzehnts zu Netto-Importeuren wandeln. Weil gleichzeitig die Industrieländer weit davon entfernt sind, ihren Verbrauch an Öl nennenswert zurückzuschrauben, ja ihn sogar in vielen Fällen wachsen lassen, wird die Lage eng. Die aufsteigenden Länder pochen auf ihren Ansprüchen, die Altnutzer wollen vom Öl nicht lassen, und gleichzeitig schwinden die Vorkommen – ein Bilderbuchszenario für die Rivalitätskämpfe der nächsten Jahrzehnte.

Wo der Kuchen kleiner, der Hunger aber grösser wird und die Anzahl der Gäste zunimmt, da öffnet sich ein dauerhaftes Konfliktfeld⁸. In den Kriegen am Golf, in Afghanistan, aber auch durch die Spannungen im Kaspischen Raum oder im Tschetschenien-Krieg wirft der grosse Streit der Zukunft schon seine Schatten voraus. Den höchsten Preis werden die armen Länder bezahlen. Wie Analysen der Internationalen Energieagentur zeigen, führen allein die reinen Primäreffekte eines Ölpreisanstiegs von 15 auf 25 US-Dollar pro Barrel in den Industrieländern zu einer Abschwächung des Wirtschaftswachstums um 0,4 Prozent, während es Öl importierende Entwicklungsländer ungleich härter trifft: Die asiatischen Entwicklungsländer büssen 0,8 Prozent ein, die Länder südlich der Sahara sogar 3,0 Prozent⁹. Die Staatsverschuldung dieser Länder wird wachsen, wie es bereits während der Ölkrise 1973 zu beobachten war, und für grosse Teile der Bevölkerung wird fossile Energie kaum noch erschwinglich sein. Damit wird das Wirtschaftswachstum blockiert – schon heute fehlt in zahlreichen Staaten Afrikas das Benzin, bleiben Nutzfahrzeuge einfach stehen. Wer

⁷ C.J. Campbell, *The Coming Oil Crisis*, Brentwood, UK, Multi-Science Publishing Compagny; Petroconsultants SA, 2004. P. Henricke, M. Müller, *Weltmacht Energie. Herausforderung für Demokratie und Wohlstand*, Stuttgart, Hirzel, 2005.

⁸ Siehe Beitrag von N. Supersberger in P. Henricke, M. Müller, op. cit.

⁹ International Energy Agency (IEA), *Analysis of the Impact of High Oil Prices on the Global Economy*, Paris, 2004.

beim Anstieg der Energiekosten mithalten kann, wird die ärmeren Konkurrenten ausstechen. Wahrlich schlechte Aussichten für die Armen: Es ist wahrscheinlich, dass die weniger kaufkräftigen Länder durch die Preisentwicklung bei Öl weiter in die wirtschaftliche Apartheid gestossen werden. Die Ungleichheit in der Welt wird sich vergrössern, statt sich zu verkleinern.

So werden weit vor den ökologischen Grenzen die sozialen Grenzen der Nutzung fossiler Energieträger sichtbar. Die Endlichkeit von Öl wird zum Destabilisierungsfaktor, lange bevor das letzte Barrel aus der Erde gepumpt ist. Die „Grenzen des Wachstums“ kehren als geopolitische Konflikte wieder. Vor diesem Hintergrund ist es kaum übertrieben, zu sagen, dass die konventionelle, auf fossile Energieträger gestützte Wirtschaftsentwicklung zu einem Grossrisiko für die Sicherheit in der Welt geworden ist. Damit dreht sich eine lang gehegte Selbstverständlichkeit aus der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts um: Entwicklung fördert nicht den Frieden, sondern führt – solange sie auf Öl, Gas oder Kohle basiert – in die Friedlosigkeit.

Entwicklungskonflikte

Die armen Länder geraten nicht nur unter Druck, weil sie bei der Konkurrenz um fossile Ressourcen nicht mehr mithalten können, sondern auch, weil sie von den Schadenswirkungen der Verbrennung von Öl besonders in Mitleidenschaft gezogen werden. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden die Auswirkungen des Klimawandels vorrangig jene Länder und Menschen treffen, die am wenigsten zu ihm beitragen. Denn anders, als der Film „The Day After Tomorrow“¹⁰ glauben macht, werden die Veränderungen nicht schlagartig und katastrophal eintreten, sondern unsichtbar und heimtückisch beginnen. Und sie werden nicht so sehr Nordamerika und Europa, sondern vielmehr Länder der südlichen Hemisphäre in Mitleidenschaft ziehen. Die grossen Deltagebiete in China, Vietnam, Nigeria und besonders in Bangladesh, kleine Inselstaaten in der Südsee, trockene und halbtrockene Gebiete quer über den Globus – sie alle sind zweimal die Verlierer: einmal, weil sie weniger Ressourcen haben, die sie in Wohlstand umwandeln können; und zum zweiten, weil vor allem sie die Folgekosten des Klimawandels, wie Dürre, Stürme, Wassermangel, das Ansteigen des Meeresspiegels und den Rückgang der Ernten zu tragen haben. Weit davon entfernt, lediglich ein Naturschutzthema zu sein, wird Klimawandel mit ziemlicher Sicherheit zur unsichtbaren Hand hinter landwirtschaftlichem Niedergang, sozialer Erosion und Vertreibung.

Koloniale Zerstörung kommt dieses Mal ohne imperiale Macht und ohne Besatzungsarmee. Stattdessen rückt sie an durch die Luft, unsichtbar und heimtückisch, teletransportiert über die Chemie der Atmosphäre. Wenn sich die Erdatmosphäre erwärmt, wird die Natur instabil. Unversehens wird man sich weder auf Regen und Grundwasserspiegel, noch auf Temperatur, Wind oder Jahreszeiten verlassen können, alles Faktoren, welche seit urdenklichen Zeiten für die Gastlichkeit der Lebensräume von Pflanzen, Tieren und auch von Menschen gesorgt haben. Mit Klimastörungen werden manche Lebensräume weniger bewohnbar, im Extremfall sogar untauglich für bestimmte Tier- und Pflanzenar-

¹⁰ Im Jahr 2004 herausgekommener Film von Roland Emmerich.

ten oder selbst für Menschen. Es liegt auf der Hand, dass ein Anstieg des Meeresspiegels einige der am dichtesten besiedelten Länder unbewohnbarer machen wird. Weniger offen liegt zutage, dass Veränderungen in Luftfeuchtigkeit und Temperatur ziemlich sicher Veränderungen in der Vegetation, der Artenvielfalt, der Bodenfruchtbarkeit und der Wasservorkommen auslösen werden. Zudem ist zu erwarten, dass die Umwelt ungesunder wird; Ernten werden eher von Ungeziefer und Unkraut befallen, während die Menschen sich mehr mit Malaria, Denguefieber oder Infektionskrankheiten anstecken¹¹. Forschungen besagen, dass bei einem globalen Temperaturanstieg um 2 Grad, also bei ungebremsten Emissionen, im Jahre 2050 etwa 25 Millionen Menschen zusätzlich von Überflutung der Küsten, zwischen 180 und 250 Millionen von Malaria, und zwischen 200 und 300 Millionen von Wasserknappheit bedroht sind¹².

Die Schadenswirkungen des Klimawandels erreichen nicht alle, sie treffen einige mehr als andere. Übereinstimmend erwarten einschlägige Untersuchungen¹³, dass die Länder des Südens – und in diesen Ländern besonders jene kaufkraftschwachen Gruppen auf dem Lande, die direkt von der Natur abhängig sind – die destabilisierenden Folgen der Erderwärmung wesentlich stärker zu spüren bekommen werden, als Industrieländer und Stadtbevölkerungen. Während die transnationale Verbraucherklasse den Klimawandel verschuldet, werden grössere Teile der mehrheitlichen Restwelt die “Zeche bezahlen”. Dafür wiederum ein Beispiel. Schon heute sind die in den arktischen Regionen Kanadas lebenden Inuit (Eskimo) aufgrund gestiegener Temperaturen in ihrer wirtschaftlichen Sicherheit und in ihrer Kultur gefährdet. Jäger verschwinden auf der Jagd, da die herkömmlichen Routen über das Eis nicht mehr tragfähig sind; Vorräte verderben, weil der Permafrostboden aufbricht; Iglus verlieren ihre isolierende Eigenschaft, wenn der Schnee taut und dann wieder gefriert. Und schliesslich führt das Abtauen der Ufer zu einem Abfluss von Süsswasser mitsamt Fischpopulationen in die Arktische See.

Am grössten sind die Gefahren für jene, die am verwundbarsten sind. Es sind die Reisbauern im Mekong-Delta und die Fischer entlang der Küste des Senegals, die Viehhüter im Hochland von Äthiopien oder die Slumbewohner an den Abhängen von La Paz, deren Existenz durch den Klimawandel bedroht wird. Die wirtschaftliche Grundlage zahlloser Dörfer und Städte wird von Veränderungen in der landwirtschaftlichen Produktion und Produktivität betroffen sein. Landflucht könnte zunehmen. Elendsviertel werden Schlammlawinen und Zerstörung ausgesetzt sein. Und Krankheiten werden diejenigen heimsuchen, die am wenigsten Abwehrkräfte besitzen – die Armen. Die Risiken, die von der globalen Erwärmung ausgehen, sind keinesfalls gleich verteilt auf die Weltbevölkerung; sie entfallen unverhältnismässig stark auf die sozial Schwachen und

¹¹ Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) (ed.), *Climate Change 2001 : Impacts, Adaptation, and Vulnerability*, contribution of Working Group II to the Third Assessment Report of the IPCC, Cambridge, Cambridge University Press, 2001.

¹² M. Parry et al., „Millions at Risk: Defining Critical Climate Change Threats and Targets“, *Global Environmental Change*, Vol. 11, No 3, 2001, S. 181-183.

¹³ W. Hare, *Assessment of Knowledge on Impacts of Climate Change: Contribution to the Specification of Art. 2 of the UNFCCC*, Externe Expertise für das WBGU-Sondergutachten „Welt im Wandel: Über Kioto hinausdenken. Klimaschutzstrategien für das 21. Jahrhundert“, Berlin, Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU), 2003.

Machtlosen, die bereits in Elendsvierteln, in Randgebieten oder am Existenzminimum leben. Es ist vor allen anderen die physische Integrität der Armen und die Integrität ihrer Lebensräume, die durch exzessive Brennstoffverbrennung auf Seiten der Wohlhabenden untergraben wird.

Umweltpolitik ist Friedenspolitik

Ressourcenkonflikte sind Treibstoff für kleine und grosse Zusammenstösse; sie setzen Dörfer und ganze Länder in Flammen. Wie sehr die jüngere Geschichte des Nahen Ostens, der Krisenregion schlechthin, mit Erdöl durchtränkt ist, davon war hier die Rede. Wie oft religiöse und ethnische Konflikte von Land- oder Wasserknappheit angetrieben werden, erschliesst sich schnell für den genauen Betrachter. Und wie stark bevölkerungsreiche Länder wie China und bald auch Indien jenseits ihrer Grenzen nach Öl und Kupfer, Soja und Holz drängen, davon berichten die aktuellen Wirtschaftsnachrichten. Kurz gesagt, Ressourcen hunger macht die Welt friedlos. Ohne einen schonenden Umgang mit Naturgütern wird sich keine globale Sicherheitsordnung errichten lassen. Im Namen grösserer Sicherheit vor Destabilisierung und Gewalt ist ein Zurückschrauben der Ansprüche an die Biosphäre auf der Tagesordnung. Strategien zur Steigerung der Ressourcenproduktivität sind daher überall auch Friedenspolitik.

Allerdings wäre es verfehlt, Ressourcenkonflikte nur als Sicherheitsfrage zu thematisieren. Letztendlich geht es um Recht oder Unrecht, Macht und Ohnmacht, also um Gerechtigkeit im transnationalen Raum. Dass es gegenwärtig im Trend liegt, Umwelt- und Sicherheitsfragen zusammenzubringen, ist gefährlich. Denn wer nur von Sicherheit spricht, denkt gewöhnlich an die eigene Sicherheit und nicht an jene der anderen. Deshalb kommt es darauf an, die Konfliktlagen auf dem Globus nicht nur als Sicherheitsproblem, sondern auch als Ergebnis von Ungerechtigkeit zu begreifen. Nicht umsonst gehört der Spruch „Friede ist das Werk der Gerechtigkeit“ von alters her zur Überlieferung politischer Weisheit.

Schweizerisches Jahrbuch für Entwicklungspolitik

http://www.ued.unige.ch/information/publications/pub_annuaire_ch_tm.html

Bestellungen

<http://www.ued.unige.ch/information/publications/commande.html>